



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906

92 (23.2.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-418077](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-418077)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Belegte und verbreitete Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin W 50.

Redakteur: Dr. Paul Harmo, Würzburgerstraße 15.

Telegraphen-Adresse:
„Journal Mannheim“.

Telephon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Nachnahme-Druckarbeiten) 341
Redaktion 377
Expedition : : : : 218

Abonnement:
70 Pfennig monatlich,
Belagerungs 20 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post
ausschlag N. 2.42 pro Quartal.
Einzeln-Nummern 5 Bg.

Inserate:
Die Colonnen-Zeile . . . 20 Bg.
Kurzfristige Inserate . . . 25
Die Kleinsten-Zeile . . . 60

Nr. 92.

Freitag, 1. Februar 1900.

(Abendblatt.)

Das Provisorium mit Amerika vor dem Reichstag.

(Von unserm Berliner Bureau.)

Hs. Berlin, 22. Febr.

Der Reichstag bietet heute den ganz ungewohnten Anblick eines beschlußfähigen Hauses. Die Tribünen sind gleichfalls gut besucht, auf der Empore des Bundesrats herrscht reges Leben. Der Reichskanzler ist mit großem Gefolge erschienen, darunter auch der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Tschirsky und Bögenhoff; der ist ein hagerer, leicht vornüber gebeugter Herr, mit lahlem Haupt, scharfer Habichtsnase und darunter einem Schnurbart von unbestimmter Farbe. Im Gegenteil zu seinem verstorbenen Vorgänger, der weißt eine uralte Beweglichkeit erkennen ließ, macht er den Eindruck gelassener Ruhe; womit nicht gesagt ist, daß sich das nicht auch bei ihm noch ändern könnte. Außerdem sind Graf Posadowsky und Handelsminister Delbrück zugegen, später kumpelt auch Podbielski in den Saal, offenbar nicht glücklich, trotzdem aber vergnügt. Staatssekretär v. Stengel sitzt sich in die äußerste Ecke der Bank zurück und schreibt eifrig und andauernd; vermutlich addiert er die Erträge der neuen Steuern, die die Kommission für ihn zu finden bemüht war.

Das Handelsprovisorium begründet Fürst Bülow mit einer rein dekorativen Ansprache, die zur Sache nichts Neues bringen, sondern sie lediglich in formalen Wendungen umschreiben. Auch formell ist die heutige Rede des Kanzlers nicht eben bemerkenswert, dafür hat sie den Vorzug der Kürze. Namens der Konservativen bringt Graf Schwerin in ebenso kurzer Erklärung die oft erörterten Bedenken gegen das Provisorium vor, die nicht von der Rechten des Hauses allein gestellt werden, und schließt mit der Ankündigung, daß die Konservativen gegen den Entwurf stimmen werden. Ihm folgt Herr Wolkenbruch, der — um den Agrariern den Gefallen einer Preissteigerung nicht zu tun und die Anwendung des deutschen Generaltarifs nicht zu verhindern — für das Provisorium ist. Herr Herzold, der Führer der Zentrumsagrarier, beginnt mit der Versicherung, er und seine Freunde seien von dem Provisorium höchst unangenehm überrascht worden; wenn ein Redner der „regierenden Partei“ so anfängt, so weiß man, daß die Partei für die Regierungsvorlage eintritt. Damit ist die Annahme des Provisoriums gesichert, und ein besonderes Interesse kann die Debatte fortan nicht mehr rufen. Daß die Redner der verschiedenen Parteien es nicht lassen können, sich gegenseitig ihre Sünden in Bezug auf die Zollpolitik vorzuwerfen, wird auf die Amerikaner gewiß keinen, den Abschluß eines Vertrages günstigen Eindruck machen. Nachdem sämtliche Redner, wenn auch aus verschiedenen Beweggründen, für die Vorlage gesprochen haben, macht sich Liebermann v. Sonnenberg das Vergnügen, noch eine längere Rede dagegen zu halten. Er vergleicht Amerika mit dem thüringischen, böhmisches Agrarier-Loban, der Jakob 7 Jahre um die schöne Lea brennen ließ und ihm dann doch die häßliche Rachel aufhängte; eine Verwechselung der Personen, die dem Redner unter allgemeiner Heiterkeit zu Gemüte geführt wird. Nun, als großer Antis-

miterich ist Herr von Liebermann ja nicht verpflichtet, im Alten Testamente Bescheid zu wissen.

Kommissionsberatung ist nicht beantragt, so kann gleich die 2. Lesung angeschlossen werden. Hierzu bringt Herr v. Hehl einen Antrag ein, der bezweckt, den Amerikanern nur eine Auswahl unserer Vertragszölle zu gewähren. Graf Posadowsky bittet, die Vollmacht der Regierung nicht in dieser Weise einzuschränken. Gegen den Antrag Hehl spricht sofar sein Fraktionsgenosse Semmler, nur auf der Rechten stützt der Antrag auf einige Gegenliebe. Nachdem festgestellt worden, daß die Regierung auch ohne den Antrag Hehl befreit sei, den Amerikanern nur einen Teil der Vertragszölle zu gewähren, erklärt allerdings auch Graf Schwerin den Antrag für bedeutungslos. Dafür erheben sich nur etwa ein Duzend Abgeordnete; die Regierungsvorlage dagegen wird mit sehr großer Mehrheit, worunter sich auch eine Anzahl Konservativer befindet, angenommen.

Um fünf Uhr wird dann noch in der Etatsberatung fortgeführt; Herr Roeren spricht über sein Spezialthema, die Bekämpfung der Unsitlichkeit in Wort und Bild, wozu er den § 184 des Strafgesetzbuchs energischer angewendet haben will.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 28. Februar 1900.

Die Reichstagsdiäten.

Nach Mitteilung eines parlamentarischen Berichterstatters ist das Gesetz, betreffend die Gewährung von Anwesenheitsgeldern an die Mitglieder des Reichstags, noch gar nicht ausgearbeitet worden, da Preußen seinen Widerspruch formell noch nicht zurückgezogen hat. Preußen werde seine Zustimmung geben, wenn der Entwurf geeignet ist, wirklich die Arbeiten des Reichstags zu fördern, d. h. beschlußfähige Versammlungen zu erzielen. Der Entwurf wird Anwesenheitsgelde r bieten; er sieht deshalb Kontrollmohren vor und enthält auch sonst betreffs der Auszahlung, des Rechtsanspruches, des Bescheidens genoue Vorschriften. Da es sich um Anwesenheitsgelde handelt, wird den Doppelmandatären der mit Diäten gelegneten Einzelmandatäre bei ihrer Anwesenheit im Reichstage die ausgelegte Summe voll gezahlt werden und die Diäten im Landtage nicht in Abzug gebracht werden.

Man wird noch den vielen Mutmaßungen über den Inhalt der Vorlage gut tun, diese selbst abzuwarten. Vielleicht könnte die Regierung im Reichstage zu einer Aeußerung veranlaßt werden.

Zu dem jüngsten Zwischenfall in Deutsch-Südwestafrika, dem Dabonlaufen des Hottentotten-Kapitäns Cornelius mit einem großen Teil seiner Leute, schreibt die „Post, 27. Febr.“:

Als sich Samuel Jaak, als der erste der Hottentotten-Kapitäne, bald nach dem Tode Hendrik Witbooi mit seinen Hottentotten und Hans Hendrik mit seinen Hottentotten in Berseba gesammelt hatten, waren folgende Bedingungen vereinbart worden: 1. Abgabe von Gewehren, Munition von Gewehren; 2. Zurück-

des Lebens, mit Ausnahme der Wäcker; 3. Dieß wird den Unternehmern soweit belassen, als solches zum Unterhalte der Frauen und Kinder erforderlich ist; 4. Die Unternehmern werden vorläufig nach Okean übergeführt. Diese Bedingungen, die damals Samuel Jaak zugesichert wurden, werden Cornelius zweifelslos gehalten gewesen sein und es ist begreiflich, daß die Hottentottenworte, soweit das Vieh in Frage kam, nicht schlechter gestellt sein wollten, als die Witbooi. Samuel Jaak's Abgang unsähe damals, als er sich freiwillig stellte, nur 74 Männer und 44 Weiber; der Abgang des Cornelius muß nach der vorstehenden Mitteilung wesentlich größer gewesen sein. Seine freiwillige Unterwerfung war mithin auch für uns wertvoller, als die Samuel Jaak's. Man hätte jenen daher nicht unspärlichere Bedingungen zumuten dürfen, als diesem. Völlig unbegreiflich ist, daß man den Hottentotten, nachdem sie sich gestellt hatten, nicht in erster Linie Pferde und Waffen abnahm und ihnen damit die Möglichkeit raubte, wieder davonzulassen. Denn ohne Pferde und ohne Waffen wären sie genötigt gewesen, sich jener, auch der härtesten Bedingung zu unterwerfen. Und Cornelius gestattete dann seinen Häuptlingen, die Leuten nachzureiten! Was zu bald wird sich Cornelius vermutlich nicht wieder stellen, sondern er wird die Feindseligkeiten wieder aufnehmen und damit unsere Truppen, die nach seiner Unterwerfung nur nach Moronga und Morris im südlichen Teil des Schutzgebietes nahe dem Orangeberg überqueren hatten, von neuem zur Bespaltung ihrer Kräfte zwingen. Der Erfolg, den die Bundesregierung am 14. Februar bei der Korrespondenz, unweit Sonfontein, erlangen haben, wo auf unserer Seite fünf Reiter fielen, der Afrikaner Dr. Wag Westphal und zwei Reiter schwer und vier Reiter leicht verunzelt wurden, wird zweifellos Cornelius und seinen Anhängern in ihrer Absicht, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, bestärken.

Das Marineinfanteriedetachement Ostafrika

hat sich im ganzen ein halbes Jahr in Ostafrika aufgehalten. Wenn es ihm nicht vergönnt gewesen ist, größere entscheidende Treffen mitzumachen, so hat es doch im Verein mit den Landungsabteilungen der Kreuzer in dem tropischen Klima die größten Strapazen überwinden müssen und siegreich in vielen kleineren Gefechten seinen Mann gestanden gegenüber einem wenn auch schlecht bewaffneten, so doch sehr zahlreichen und fanatischen Gegner. Das Detachement verlor im Gefecht einen Mann vom „Buffard“; der Gesamtverlust einschließlich des Abgangs von Krankheiten und Unfälle beträgt einen Offizier (Leutnant Feht, v. Stengel, ein Sohn des Münchener Professors gleichen Namens) und 5 Mann. Der größte Teil des Detachements hat, wie schon gemeldet, am 9. Februar mit dem Dampfer „Gouverneur“ das es Salaam verlassen, ist am 18. Februar in Aden eingetroffen und hat an demselben Tage die Heimreise über Suez und Port Said fortgesetzt. Der Transport besteht aus dem Hauptmann H. Schlichting als Führer, 5 Offizieren, 3 Dedoffizieren und 154 Mann. Der Rest der Verstärkungstruppe für Ostafrika, bestehend aus 2 Offizieren und 58 Mann (Detachement Engelbrecht und Detachement Wilczewski) tritt am 15. März mit dem Dampfer „Prinzregent“ die Heimreise an. Die Heimreise dieses Festes verzögert sich, weil die Abteilungen weit in das Innere vorgezogen waren (Papua und Ruanda) und noch einen beträchtlichen Landweg bis zur Küste zurückzulegen haben.

Tagesneuigkeiten.

— R. Loubet zu Paris. Aus Paris wird berichtet: Wie „Monsieur Loubet“ nach seinem Abzuge aus den Brunnenräumen des Elysee in sein einfaches Heim in der Rue Dante sein bürgerliches Leben wieder einrichtet, interessiert die Pariser in hohem Maße, und noch immer spielt er dabei in den Blättern eine gewisse Rolle. Man schildert ausführlich sein gemüthliches Arbeitszimmer, in dem kein guter alter Lehnstuhl nicht fehlen dürfte und in dem die Bilder des Jaren Nikolaus, des Fürsten von Bulgarien, des Königs Wilhelms XIII. und eine Büste Eduards VII. an die vergangenen Tage der Herrschaft erinnern, und neugierige Journalisten suchen den bisher so Schüchternen zum Reden über seine Erfahrungen in der Präsidentschaft zu bringen. Er spricht jetzt auch mit Freunden und Bekannten offener über die Vergangenheit. Immer wieder kommt er dabei auf die persönlichen Angriffe zurück, die er besonders während der ersten Jahre seiner Präsidentschaft über sich ergossen lassen mußte, und man fällt aus seinen Aeußerungen nur allzu deutlich, wie tief sie ihn verletzt haben. „Ich möchte an mich halten“, sagt er einem Besucher, „und so habe ich mein Ziel auch erreicht. Jetzt aber, da ich nicht mehr Präsident bin, bin ich wenigstens in der Lage, wieder auf Angriffe zu antworten.“ Mit einer gewissen Verwunderung sprach er davon, daß ein so liebenswürdiges Volk wie die Franzosen ein Vergnügen darin finden können, gewisse Zeitungen zu lesen, die in der politischen Diskussion alle Grenzen überschreiten. „Ich kann das wirklich nicht begreifen; sie sind doch so leicht zu fesseln. Wenn sie sich nur damit begnügen wollten, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern!“ Loubet gab auch zu verstehen, daß er durchaus nicht so reich wäre, wie man es immer behauptet hätte. Einen Stall in Paris kann er sich nicht halten. Seine Pension hat er auf sein Landgut in La Beguette de Mayenne geschickt, und seine Pferde sollen verkauft werden; so wird der ehemalige Präsident in Zukunft sich des schmerzlichen Quaturs bedienen, der zwischen dem Oben und der anderen Seite der Seine verläuft.

Loubet hat nur den einen Wunsch, fortan ein ruhiges, beschäntes Leben jedes Geringe führen zu können und er hofft, daß man ihn dergestalt werde. Andererseits wird nach ein halbes Jahr von ihm bekannt, der zeigt, wie er für seine Verdienste besorgt war, während er im Elysee lebte. Der Präsident ziel allen seinen Dienern, sie sollen etwas für ihr Alter zurücklegen. Ihre Ersparnisse mühten sie in einen Pensionsfonds einzahlen, und Loubet verdoppelte die monatlichen Einlagen jedes Dieners aus seiner eigenen Tasche. Aus Dankbarkeit beschloßen alle Diener, ihm jetzt eine Adresse zu überreichen. Als er von dem Plane hörte, erklärte er, er wünsche nicht, daß die Leute seine wegen Ausgaben machen; aber die Dienerschaft hat sich nicht abhalten lassen, in die Rue Dante eine schöne Kasse mit der Aufschrift zu schicken: „Präsident und Mme. Loubet von ihren Dienern im Elysee-Palast aus Dankbarkeit für ihre Beiträge zum Pensionsfonds, 1899/1900.“ Loubet konnte diese Kasse, die mit seinen Lieblingsblumen, Rosen und Kesseln gefüllt war, nicht gut zurückweisen und er dankte den Göttern herzlich.

— König Oskar als Lebensretter. Als König Oskar für das offizielle Portrait sah, daß in der Galerie von Drottningholm, seiner Sommerresidenz, hängt, wollte er als Marineoffizier gemalt werden und machte den Künstler besonders darauf aufmerksam, daß er unter den Leuten, die seine Uniform schmückten, ein kleines Kreuz an einem dreieckigen Bande nicht vergessen möchte. Es war die Erinnerung an eine weitausliegende mutige That, auf die König Oskar mit Recht stolz war. Die Geschichte ereignete sich, wenn nicht nicht irren, im Jahre 1867. In einem sonnigen Aprilmorgen landete auf einer der Straßen an der Riviera, die sich am den hellen Meer abfallenden Felsen hinstrecken, ein einsamer Spaziergänger. Plötzlich hörte er verzweifelte Hilferufe. Er wandte sich um und erkannte in einer Wolke von Staub zwei durchgehende Pferde. Wenn sie noch eine Minute ihren rasenden Lauf fortsetzten, so war ihr Sturz in den Abgrund unweineidlich! Ohne sich einen Augenblick zu bedenken, fällt der Spaziergänger den Pferden in die Quere; einige Meter wird er von ihnen mitgeschleift, dann gelingt es ihm, sie zum Stehen zu bringen. Von allen Seiten

eilt man herbei und spendet dem unerschrockenen Retter Beifall, aber er entzieht sich schnell diesen Ovationen, ohne sich zu erkennen zu geben. Am anderen Tage erfährt man den Namen des Retters, den man gesucht hatte, um ihm die verdiente Bezahlung zu überreichen: Es war der Kronprinz von Schweden, der heutige König Oskar II.

— Was ein Ehemann seiner Frau wert ist. Eine englische Schriftstellerin erzählt nach den Berichten eines Riffianers aus Teheran folgende merkwürdige Geschichte: Einer seiner Kollegen wurde vor einigen Monaten von einem Riffianer getötet. Die Witwe verlangte durch den Konsulenten Befreiung des Mörders und einen Schadenersatz von 125 000 R. Die Befreiung war aus religiösen Gründen nicht möglich; dafür zahlte die persische Regierung dem Konsulenten 200 000 R. für die Witwe aus. Diese aber zweigerte sich, die ganze Summe anzunehmen; 125 000 R. sei der Maximalwert, den ihr Gatte darstelle; sie war nicht zu bewegen mehr als diese Summe anzunehmen.

Wie erhalten wir unsere kleinen Kinder gesund?

(Praktische Rathschläge für die junge Frau von einem Arzt.)

VIII.

Nicht selten wird mit dem Stillen deshalb schon gar nicht angefangen, weil die Frau im Voraus weiß, daß sie aus beruflichen Gründen doch bald mit dem Stillen wieder aufhören muß und weil sie meint, daß es sich wegen dieser nur kurzen Zeit gar nicht lohnt, mit dem Stillen überhaupt anzufangen. Diese Ansicht ist nicht richtig; jede Woche, jeder Tag, den ein Säugling länger die Brust erhält, bedeutet einen Gewinn für ihn. Die Ernährung an der Brust auch nur während weniger Wochen, während der ersten drei bis fünf Lebenswochen, bringt für das Neugeborene einen unschätzbaren Nutzen mit sich. Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß der Säugling gerade während dieser Zeit am allerempfindlichsten und solchen Erkrankungen am meisten ausgesetzt ist, die sein Leben direkt bedrohen oder schwere Schädigungen hinter-

Deutsches Reich.

* München, 22. Febr. (Eine besondere Art Schulreform von Zentrums Gnaden) soll den Bayern beschert werden. Abgeordneter Dr. Heim hat mit Unterstützung der Zentrumsfraktion des Landtags folgenden Antrag eingebracht, der von großer Bedeutung für das bayerische Mittelschulwesen werden dürfte:

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen: 1. Ausreichende Reformen im Mittelschulwesen baldigst in die Wege zu leiten und zu diesem Zweck eine Kommission von Schulmännern und Interessenten zur Ausarbeitung zu berufen; 2. vor allem ins Auge zu fassen die Umwandlung der Industrie- und Realhörschulen in Realhörschulen oder Progymnasien, die Reform der Lehrerseminare in Lehrseminar und Lehrplan, die Umwandlung von Oberrealschulen, die Vereinfachung des Lehrplans der Realschulen und endlich die völlige Gleichstellung der Lehrer an den Mittelschulen.

* Berlin, 22. Febr. (Der Kaiser) sprach heute morgen gelegentlich seines Spazierganges im Tiergarten beim Reichskanzler vor und hörte später im königlichen Schloße die Vorträge des Kriegsministers und des Chefs des Militärkabinetts. Am 12 Uhr fand die feierliche Einweihung der Gedächtnishalle in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnishalle in Gegenwart des Kaisers sowie des Kronprinzen, der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses statt.

(Ueber ein Zusammentreffen des Kaisers) mit König Edward gehen zur Zeit Mitteilungen durch die Presse, deren Richtigkeit nicht kontrolliert werden kann. So wird der „Tägl. Rundschau“ aus Berlin „auf Grund zuverlässiger Orientierungen“ in vorigen Hofkreisen gemeldet, daß der König Edward seinem Schwager, dem König der Hellenen, Ende April oder Anfang Mai einen Besuch aus Anlaß der olympischen Spiele abstatten wird. Bei dieser Gelegenheit dürfte auch der Deutsche Kaiser auf seiner Mittelmeerreise in Griechenland weilen und dort mit seinem Onkel eine Zusammenkunft haben. Man gehe wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Trauerfeierlichkeiten in Athen, bei denen König Georg und die Königin von England mit dem Kaiser zusammentrafen, Seltenheit geboten haben, die geplante Zusammenkunft der beiden Monarchen zu vereinnbaren. Daß zwischen dem Kaiser und König Edward ein freundschaftlicher Briefwechsel seit einiger Zeit wieder aufgenommen ist, wird der „Tägl. Absch.“ gleichfalls zuverlässig bestätigt.

(Einen merkwürdigen Beschluß) hat die Budgetkommission des Reichstags zu verzeichnen. In ihrer heutigen Sitzung hat sie entgegen dem lebhaften Widerspruch der Regierungsvertreter die sämtlichen Unterhaltungskosten für die Wägener in Swakopmund gestrichen. Für jeden verständlich ausgedrückt heißt das: die Wägener, deren unaufhörliche Arbeit der Herde von Swakopmund so durchaus notwendig, sollen untätig an der südafrikanischen Küste liegen, ein Spielball der Wellen, dem Fraß von Schneden und Muscheln preisgegeben und der Uebersättigung durch Sand so ausgeliefert, daß sie bald nur schwer von der Stelle zu bewegen sind. Man kann, so meint die „Köln. Zig.“, gewiß damit einverstanden sein, daß die Budgetkommission die im Etat ausgeworfenen Summen einer sehr genauen Prüfung unterzieht, aber hier ist sie sicher beim Streichen auf eine verkehrte Position geraten und man kann nur dringend hoffen, daß der Reichstag bei den Staatsrädeln schädigenden Beschluß seiner Kommission wieder umstößt.

(Aus den Reichstagskommissionen.) Abg. Dr. Burckhardt (württ. Bev.) hat in der Steuerkommission folgende Anträge gestellt: Die Regierungen zu ersuchen, Gesetzentwürfe vorzulegen, welche 1. Paläste an öffentlichen Straßen, Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und Eisenbahnhöfen zu bauen, 2. welche die stillgelegten Zechen und die unbenutzten Gubenfelder mit einer angemessenen Steuer belegt und nach Wobden bei Nachzahlungsfall des Nutzungswerts an den Staat zurückfällt; 3. welche eine Bergwersteuer auf die Ausbeute nach folgenden Sätzen legt: Bei einem Ueberschuß von 50 Hk. von 1000 Hk., bei 100 Hk. 15 Hk., bei 150 Hk. 25 Hk., bei 200 Hk. 35 Hk., bei 250 Hk. 45 Hk., pro Tonne 50 Hk. Steuer, 4. welche einen Ausnahmefall auf Nachzahlung festsetzt. — Die Kommission zur Prüfung des Gesetzes betreffend die Abkündigung von Ritzhänden im Berggewerbe hielt heute ihre erste Sitzung ab, die Beschluß vor Eintritt in die materielle Beratung sich von der Regierung über das Ergebnis der Handwerker-Enquete Mitteilung machen zu lassen. — Die Petitions-Kommission hat beschlossen, die Petition um Einführung einer kassellischen Anstalt für Großmüllern dem Reichskanzler als Material zu überreichen.

schönen Frauen. Den gerien Säugling über die gefährlichen Klüften dieser ersten Waden gesund hinüberzubringen, gelingt an der Brust viel schwerer. Man denke nur daran, welche großen Wehnen dieses Waden auch nur kurz dauernde Stillen für ein im Sommer geborenes Kind bedeutet. Es muß deshalb das Stillen unter allen Umständen vertrieben werden, wenn man im Voraus weiß, daß man eine verlässlichen Gründe doch nur wenige Wochen lang stillen kann.

Am häufigsten wird als Entschuldigung für das Nichtstillen oder für das zu frühe Aufhören mit dem Säugen von den Müttern gesagt, daß zu wenig Milch oder überhaupt keine Milch dagewesen, oder daß die Brust zu früh verlegt sei. Kurz, daß „es nicht mehr ging“. Dabei habe es an dem „guten“ Willen zum Stillen sicher nicht gefehlt. Nun ist es mit dem guten Willen so eine eigenartige Sache. Bei vielen Frauen darf man diesem „energischem“ Willen nicht viel zutrauen; die kleinsten Schwierigkeiten im Beginn des Stillens sind schon imstande, die willensstarke Mutter zum Aufgeben des Stillens zu bestimmen. Bei den etwas mehr energischen Frauen müssen die anfänglichen Beschwerden und Hindernisse schon etwas erheblicher werden. Sämergen in der Brust und im Aesophagus, Hindernisse der Warzen und andere Unannehmlichkeiten sehen der jungen Frau anfangs oft so arg zu, daß der gute Vorsatz zu wanken anfängt und das Kind abgesetzt wird; bei den nachfolgenden Kindern wird natürlich ein solch schmerzhafter Verlust zum Stillen gar nicht mehr unternommen. Auf die Frage, warum sie nicht stillen haben, erklären all diese Frauen, daß sie nicht stillen wollten können.

Es muß hier an dieser Stelle die ebenso verbotene, wie unbewiesene Ansicht bekämpft werden, daß die Frauen von heute nicht mehr so gut stillen können wie früher, daß sie nicht mehr so die körperlichen Fähigkeiten zum Säugen hätten wie die früheren Generationen. Die Frauen von heute sind gerade so gut noch im Stande ihre Kinder selbst zu stillen, wie die Frauen früherer Zeiten; eine Mutter von heute besitzt im Allgemeinen dieselbe körperliche Fähigkeit zu stillen wie ihre eigene Mutter und Großmutter. Es stillen aber doch heute nicht mehr so viele Frauen wie früher!

* Breslau, 22. Febr. (Austritt aus der Landeskirche.) Seit Neujahr sind nach der Volkszählung hier 200 Personen aus der Landeskirche ausgetreten, um dadurch gegen die drohende Verkirchlichung des preussischen Schulwesens durch die preussische Schulgesetzvorlage zu protestieren.

* Gotha, 22. Febr. (Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogtümer Coburg und Gotha) beschloß einstimmig, die Regierung um eine Prüfung zu ersuchen, ob bei der Pensionierung des Ministers Henzig sich haltige Gründe zur Vorenthaltung der Pension vorliegen.

* Stargard, 22. Febr. (Wegen des sozialdemokratischen Wahlrechtsflugblattes) hatten sich am Dienstag eine Reihe von Sozialisten vor dem Stargarder Gericht zu verantworten. Vier Genossen, die die Flugblätter verteilt hatten, wurden freigesprochen, zwei Genossen, die die Pakete den Flugblattverteilern übergeben hatten, wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

* Königsberg, 23. Jan. (Ein Krankentassenkonflikt) droht in Königsberg auszubrechen. Wie die „Königsberger Fortschrittliche Zeitung“ erfährt, hat der Verein Königsberger Ärzte der gemeinsamen Distriktenkrankentassen ein Ultimatum gestellt, indem er eine Festsetzung der Befugnisse der Vertrauenskommission und eine fünfjährige Verlängerung des bevorstehenden Vertrages verlangt. Wenn diese Forderung nach Ablauf von fünf Tagen nicht angenommen wird, werden die Krankentassenärzte ihre Tätigkeit für die gemeinsame Distriktenkrankentasse einstellen.

Ausland.

* Oesterreich-Ungarn (Der ehemalige Justizminister im Kabinett Badeni), der nunmehrige Oberlandesgerichtspräsident in Graz, Graf Johann Gleispach, ist in Graz im 68. Lebensjahre plötzlich gestorben.

(Die Aktion der Regierung in Ungarn) wird sich zunächst nur darauf beschränken, daß die freiwillig eingezahlten Steuern den Staatsschatz zugeführt und freiwillig sich meldende Militärschlichter angenommen werden. Falls die Behörden hierbei ihre Mithilfe verweigern, werden sie allerdings ihres Amtes enthoben und durch Regierungskommissare ersetzt werden. Weiter wird die Regierung indes nicht geben, um einer künftigen Verständigung zwischen Krone und Koalition nicht vollständig und endgültig den Weg zu verlegen.

* Großbritannien. (Die Regierung) soll einstimmig beschließen, eine Kommission beauftragt Untersuchung der Aufrage nach Südafrika zu entsenden.

(Der konservative konstitutionelle Klub) beschloß gestern die Ausfertigung des ehemaligen Ministers Lord Salisbury von Durleigh, weil er während der Wahlen einen liberalen Wahlhändler begünstigte.

* Belgien. (Aus Anlaß der Versammlung des internationalen Sozialisten-Bureaus) hat der Präfekt Sozialistenverband für den 4. März im Volksklub ein großes Meeting einberufen unter dem Vorsitz von Vanderveldes und der Mitwirkung der Sozialistenführer Wedel, Janssens, Dr. Adler, Hyndmann, Reys, Dazdy und anderer Genossen. Auf der Tagesordnung steht eine Diskussion über den Friedensgedanken.

* Rumänien. (Die Regierung) hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach die Verheiratung von Personen, die an unheilbarer Syphilis, Lungenleishmaniose und Epilepsie leiden, verboten werden soll.

* Rußland. (Der Rest der russischen Kriegsflotte) aus Ostasien ist am Mittwoch in der Nordsee eingetroffen und wird durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Ostsee weiterfahren. Als erstes kam das Kreuzerschiff „Pawlowitsch“ an, das über Flagen nach der Ostsee fuhr. Donnerstag wird der Kreuzer „Alma“ Turboden passieren.

(Admiral Dikow) aus Petersburg ist nach Sebastopol gereist, da man von dort über eine beginnende neue Bewegung in Mesopotamien berichtet. Ueber die Stellung Ostasien in der Kriegszustand verhängt worden.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim 23. Februar. In den Anstalten verlegt wurde Landgerichtsrat Rathias Wirk in Freiburg.

* Ernannt wurde Altmar Karl Himmelhan in Neustadt zum Landgerichtsrat.

* Verlegt wurde Betriebsleiter Philipp Scherer in Jannendingen nach Kottatt.

* Verlebensnachrichten aus dem Ober-Vollzugsdirektorat Karlsruhe. Verlegt der Ober-Vollzugsdirektor Wilhelm Behring von Kehl nach Gemmingen unter Ernennung zum Vizepräsident; die Vollzugsdirektoren: Carl von Arnold und Karl Friedrich von Rodatzky

werden wir sicherlich manche Leserinnen entgegenhalten. Daß nicht mehr so viel stillen wird, ist allerdings eine Tatsache, die leider nicht bestritten werden kann; wirksame körperliche Unfähigkeit ist aber nicht die Schuld an dieser bedauerlichen Abnahme des Stillens. Vielmehr dürfte wohl der Oberarzt der Landesheilmannschaft in Stuttgart scharflich die Zustimmung aller finden, die auf diesem Gebiete Erfahrungen besitzen, wenn er sagt: „Jede Frau ist mit ganz geringen Ausnahmen (körperlich) imstande, ihr Kind an der Brust zu ernähren. Neigung oder Notwendigkeit zum Stillen gibt fast jeder Frau die Fähigkeit zum Stillen.“ Wenn man eine Mutter ernstlich gewillt ist, ihr Kind selbst zu nähren, aber Zweifel darüber hat, ob sie imstande ist zum Stillen, so soll sie die Stillversuche nicht aufgeben, ohne den Arzt vorher darüber gefragt zu haben. Die Entscheidung über die körperliche Fähigkeit zum Stillen ist ausschließlich Sache des Arztes, der auch allein die damit verbundene große Verantwortung übernehmen kann. Trägt man die Mütter hinsichtlich ernährter Kinder, warum sie nicht stillen haben, so bekommt man gewöhnlich zur Antwort: „Das Kind hat die Brust nicht nehmen wollen“ oder „ich habe zu wenig Milch gehabt“. „Die Milch war zu wässrig“, hat einer anderen „war die Milch zu fettig“ und andere Gründe mehr.

Forstmann weiter, wobei die Frau weiß, daß dies alles so war, daß j. B. zu wenig Milch da war, dann erfährt man, daß es die Gebärmutter gegangt habe, oder die Großmutter, oder eine freundliche Nachbarin, die es ja verstehen muß. Daß die Großmutter und Nachbarin nicht die besten Personen sind, über das Stillen irgend eine Entscheidung zu treffen, sollte selbstverständlich sein. Was die Ratschläge der Gebärmutter betrifft, so bestimmen dieselben allerdings meistens das Stillen. Es gibt nun aber leider eine Anzahl von Gebärmutter — und jede gewissenhafte Gebärmutter kann das bestätigen —, die aus den verschiedensten Gründen nicht besonders für das Stillen eingenommen sind und deshalb nicht in der energischen Weise zum Stillen rufen, wie es ihre Instinktion vorschreibt. Eine solche Gebärmutter wird natürlich auch bereit sein, vom Stillen abzurufen, wenn irgendwelche Schwierigkeiten anfangs

nach Oberbach (Baden), Franz Selig von Weinheim (Vergiftung nach Kottatt, Oskar Koch von Rühlhausen (Kottatt) nach Karlsruhe und Friedrich Heilmann von Hockheim nach Karlsruhe. — Freiwillingig ausgeschieden: die Postgefährtin Anna Pop in Karlsruhe; die Telegraphengefährtin Anna Waidbacher in Karlsruhe; Maria Messerschmidt und Anna Wegner in Mannheim.

* Der St. Nikolaus-Schiffverwandlung wird seine erste Generalsammlung am Montag den 14. Mai in unserer Stadt abhalten.

* Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. Februar, morgens 10 Uhr, findet in der Aula der Friedrichschule, U 2 ein Vortrag des Predigers Herrn Schneider statt über das Thema: „Glaube und Unglaube in Hülligen“. Hierzu ist jedermann bei freiem Eintritt herzlich willkommen.

* Der Allgemeine Rabatti-Sparverein Mannheim und Umgebung hielt am 19. Februar seine erste ordentliche Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und wies darauf hin, daß der Verein seit seiner Gründung bis daher einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern erfahren habe. Der Vorstand sei infolgedessen ein überaus erfreulicher gewesen. Er hätte sich wohl noch günstiger gestellt, wenn hier und da weniger Zurückhaltung bei der Abgabe der Konten beobachtet worden wäre. Der Geschäftsführer erstattete hierauf den Jahresbericht, in welchem Punkt gezeigt wird in erster Linie diejenigen, welche sich um das Aufwachen des Allgemeinen Rabatti-Sparvereins hervorragende Verdienste erworben haben, zunächst dem Vorstandsmitglied des Vorstandes selbständigen Kaufmanns und Gewerbetreibenden und der Großkaufmanns-Verbindung der Kolonialwarenhandlung. In opferwilliger Weise hätten diese Herren wieder die Lage des jähmer bedrängten kleinen und mittleren Kaufmanns und Gewerbetreibenden zu verbessern. Daß dies geschehen, beweist, daß das Publikum auch aus den Warenhäusern wieder den Weg zu den Geschäften finde, welche die grünen Marken abgeben und außerdem für einseitige Bevorzugung der Mitglieder des Sparvereins nicht zu haben seien, sondern jedem Käufer ohne Ausnahme Rabatti gewähren, wobei beide Teile durch den Vorteil der Vorzahlung auf ihre Rechnung kämen. Die überal erstellten fiktiven Erlöse veranlassen im Herbst 1904 die Gründung des hiesigen Vereins, der am 1. Dezember 1904 mit 78 Mitgliedern in Tätigkeit trat. Mitte Dezember 1904 waren schon circa 100 Mitglieder und erhebliches Anwachsen der verschiedensten Branchen zu konstatieren. Zu Ostern 1905 war überall eine namhafte Steigerung der Umsätze zu verzeichnen. Es schlossen sich ferner Geschäfte an in den Nachbarorten Weinheim, Hockheim, Rodarou, Speyer und Pöschheim. Zur Bequemlichkeit der Mitglieder und des Publikums eröffnete der Verein in den Nachbarorten Rodarou, Speyer, Hockheim, Hockheim und Lindenhof Zweigstellen. Die Hauptgeschäftsstelle befindet sich seit September in getrenntem Lokal und hat ebenso wie die Zweigstellen ihre besondere Geschäftsbüro. Am Weihnachtstag 1905 erzielte das dritte Flugblatt mit 337 Mitgliedern; die Entwicklung des Vereins hat sich also trotz vieler Schwierigkeiten und Anfeindungen sehr günstig gestaltet. Im Dezember 1905 betrug der Verein 280 Rabatti-Obstmarken zu 10 M. = 2800 M., ein Beweis, welcher Beliebtheit sich die grünen Rabattmarken bei dem laufenden Publikum erfreuen. Im ganzen wurden seit der Gründung 14 602 Rabatti-Obstmarken zu 10 M. = 146 020 M. abgesetzt, was einem Warenumsatz von 2 900 000 M. entspricht, ein weit höherer Betrag, als wie freiwillig angenommen wurde. Besonders sei hier denjenigen Herren Geschäftsinhabern gedacht, welche die grünen Rabattmarken freiwillig, ohne Aufforderung, verabfolgten und dadurch eine fröhliche Propaganda für sich und den Verein machten. Bis 31. Dezember 1905 wurden 16 543 Sparbücher zu 5 M. ausbezahlt, wodurch der Bundesbank 82 715 M. gutkamen; die höchsten Einzahlungslagen waren der 13. Dezember mit 304 und der 27. Dezember mit 309 Sparbüchern. Der Einzahlungslage in Westpreußen und Ostpreußen betrug 62 180 M. Nach erhaltenem Jahresbericht wurde dem Vorstand und dem Geschäftsführer einstimmig Entlohnung erteilt. Die Dankreden wurden hier einstimmig auf Herrn A. Reifer, welcher durch seine Tätigkeit im Schuldlosverein und durch seine Verdienste in der Kommission zur Bekämpfung des unehrlichen Wettbewerbens auf vornehmlichste bekannt ist. Dem Verein hat Unterhandlungen angeknüpft, um die Rechte einer juristischen Person zu erlangen; in den dafür ausarbeitenden Sitzungen läßt sich hauptsächlich ein Protokoll einbringen, um dem neuerdings auftauchenden Konkurrenzwesen zu wehren. Nach Beilegung einiger lokaler Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem besten Wünschen für das fernere Gedeihen des Vereins, zum Segen seiner Mitglieder und zum Nutzen des laufenden Publikums.

* Allgemeine Rabatti-Union, Hauptkassier Mannheim. In dem großen Saale der Loge „Walden zur Dankbarkeit“ hatte sich am Mittwoch Abend ein lustiges Köllchen unter dem Rotenstuhler zusammengekommen. Es mögen wohl an 200 Unionisten mit ihren Damen gewesen sein, die unter patriotischer Begeisterung allerhand Witzen trieben und sich vordem ließen. Kam auch der Ernst zu Wort, so war dies bedingt durch die Idee der Veranstaltung, es sollte allen den getreuen Männern, Frauen und Kindern der Dank für die so reg und aufopfernde Arbeit während des Jahresmarktes zu Flundernweilern seitens des Hauptkassiers ausgesprochen werden. Am Klavier saßen abwechselnd die Herren Musikdirektor Vellieser, der im Verein mit der guten Hauskapelle für den ordentlichen Teil der Unterhaltung bestens sorgte, und Herr Musiklehrer A. Leh, der den Karolinenmarisch dirigierte

oder später auftreten sollten. Eine gewissenhafte Bedienung wird demgegenüber in solchen Fällen, wo es noch möglich ist, ob das Stillen möglich sein wird, ihrer Dienstleistung folgend möglichst die Zuzugung eines Arztes anrufen und diesem die Entscheidung über das Stillen überlassen.

(Fortsetzung folgt.)

Beiträge zur Frauenfrage.

* Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Abteilung Mannheim. Die nächste Mitgliederversammlung findet nicht schon am kommenden Mittwoch, sondern der Karnevalwoche wegen erst am Mittwoch, 7. März, statt. In ihr wird Professor Max Ernst Mayer-Ströbinger, ein Mannheimer, der sein Wissen schon mehrmals in liebenswürdigster Weise dem Verein zur Verfügung gestellt hat, einen Vortrag über „Die Reform der strafrechtlichen Behandlung von Kindern und jugendlichen Personen“ halten. Die Reform des Strafrechts steht vor der Tür; durch diesen Vortrag soll auch den Frauen Gelegenheit gegeben werden, sich über eine Frage aufzuklären, die ihnen ebenso nahe liegt wie den Männern.

Ein Mädchen-Realschulmuseum in Berlin.

Der Berliner Stadtparlementarversammlung ist die Magistrats-Vorlage wegen der Errichtung eines selbständigen Mädchen-Realgymnasiums zugegangen. Danach sollen zunächst die Klassen Unter-Tertia bis Ober-Prima mit dem Lehrplan eines Reform-Realgymnasiums eröffnet werden, und zwar schon zu Ostern mit allen sechs Klassen, sobald die nötige Zahl von Anmeldungen erfolgt ist, woran laum zu zweifeln ist. Die erforderlichen Schulräume können in dem Gebäude der 266. Gemeindefabrik, die als solche zu Ostern einget. bereitgestellt werden. Das Schulgeld soll 140 M. jährlich für Kinder hiesiger Einwohner, 200 Mark jährlich für Schülerinnen von außerhalb betragen. Die Einnahmen im ersten Jahre sind mit 23 600 M., die Ausgaben mit rund 40 000 Mark veranschlagt.

und die Gefänge begleitete. Herr Buchdruckereibesiger Jakob...

Im Kaufmannsverein sprach gestern Abend Herr Dr. Julian...

Die gewaltige Veränderung in der gesamten Stellung der Frau...

Während bei der proletarischen Frauennarbeit das materielle...

Man müsse vor allem verlangen, daß alle diejenigen Bestimmungen...

Einem englischen Vortrag wird, wie wir erfahren, Mrs. Cecil...

Die Renovierung der Jesuitenkirche. Auf sehr sinnige Weise...

Der selbsterlöschende Dampfer „Stahelbau“ und „Stahelbau“...

Einem Selbstmordversuch hat der in der Rheinländerstraße...

Aus dem Grossherzogtum.

Kleine Mitteilungen aus Baden. Der in Ziegelhausen durch einen Schuß verwundete Schüler Paul...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Künstler unter sich. Zum Fall Prof. Veder-Medner erhält die „Presse“...

Ein neues Bühnenwerk von Max Schillings, das der Komponist...

Die Münchener Wäcker gegen Heine. Die Zentrumsmitglieder...

Ein Denkmal für den Dichter Maurice Rollinat wird in Paris...

Die dreißigjährigen Wagner-Aufführungen in London finden...

Ein Glanz-Deinmal für Howard. Das von Sir W. B. Richardson...

Die afrikanische Forschungsreise des Herzogs der Württemberg...

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 13. Sitzung.

Ch. Karlsruher, 23. Febr.

Präsident Dr. Willens eröffnet 9 Uhr 22 die Sitzung. Am...

Auf der Tagesordnung steht die Spezialdiskussion über das...

Abg. Eichhorn (soz.): Wenn der Herr Minister wie gestern...

Staatminister Freiherr v. Dusch: Der Abg. Eichhorn hat den...

Abg. Schmidt-Karlruhe (Centr.) spricht zur Verlesung der...

Abg. Wölz (soz.) meint, daß die heutigen Ausführungen des...

Abg. Dr. Franz (soz.): Der Kommissar gegen den Minister...

Abg. Veizer (soz.): Auch er würde einen Streikbrecher nicht...

Abg. Fröhlich (soz.) meint, daß die heutigen Ausführungen des...

Abg. Dr. Franz (soz.): Der Kommissar gegen den Minister...

Abg. Veizer (soz.): Auch er würde einen Streikbrecher nicht...

Abg. Fröhlich (soz.) meint, daß die heutigen Ausführungen des...

Abg. Dr. Franz (soz.): Der Kommissar gegen den Minister...

Abg. Veizer (soz.): Auch er würde einen Streikbrecher nicht...

Abg. Fröhlich (soz.) meint, daß die heutigen Ausführungen des...

Abg. Dr. Franz (soz.): Der Kommissar gegen den Minister...

Abg. Veizer (soz.): Auch er würde einen Streikbrecher nicht...

Abg. Fröhlich (soz.) meint, daß die heutigen Ausführungen des...

Abg. Dr. Franz (soz.): Der Kommissar gegen den Minister...

Abg. Veizer (soz.): Auch er würde einen Streikbrecher nicht...

dem Bericht dieses Hofes einen heillosen Mangel. Das Mannheimer und Heidelberger Gericht verlangen in den letzten Jahren aus Anzeigen von den Kaufmannschaften, wenn der Vorstand übergeben wird, obwohl die Kaufmannschaften nur eine solche Auflage machen bei der Bestellung im Vorstand. Auch sonst gingen die Gerichte weiter, als das Gewerkschaftsgesetz vorgeschrieben. Man sollte nicht immer hindern, sondern fördern in die Tätigkeit des landwirtschaftlichen Gewerkschaftswesens eingreifen.

Hof. Ober-Reg.-Rat V. H. erklärt gegenüber den Ausführungen des Hofes, daß die Regierung schon längere Zeit diese Wünsche als berechtigt anerkennt, daß sie aber bisher infolge einer Reihe von Hindernissen nicht an die Erfüllung herangehen konnte.

Hof. Ober-Reg.-Rat V. H.: Die Regierung unterläßt die Tätigkeit des landwirtschaftlichen Gewerkschaftswesens keineswegs, sie könne gegenüber den Ausführungen des Hofes Sängers nur einwenden, bei solcher Behandlung den Versuchsweg zu beschreiten. Hof. D. u. S. (mit.) spricht für die Errichtung eines Amtsgerichts in Weidenburg und fragt, ob Aussicht besteht, daß in baldiger Zeit an die Errichtung eines solchen Amtsgerichts herangegangen wird.

Ministerialdirektor Hübsch entgegnet, daß der Errichtung eines solchen Amtsgerichts nach denselben Bedenken entgegensteht, wie früher. Vom Heidelberger Gericht würde allmählich ein Amtsgericht in Weidenburg abgehoben werden, der jedoch nur sehr langsam besetzt wird.

Hof. Mehnert (mit.) weist auf die von den Frauen in großer Zahl errichteten privaten Rechtsanwaltsbüros hin, die höchst segensreich wirken, wie auf die eifrige Mitwirkung vornehmlich gebildeter Frauen am Vormundhofswesen. Sein Wunsch gehe dahin, daß die Regierung der sozialen Tätigkeit der Frauen ihre Anerkennung zu Teil werden lasse.

Hof. Birkenmayer (Str.) bittet um bessere Bezahlung der Maschinenführerinnen und um Erfüllung der Wünsche der Gerichtsschreiber.

Hof. Dr. Franz (Sog.) empfiehlt die Erfüllung der Wünsche der Arbeiter. Die Reihenfolge in der Anstellung der Gerichtsschreiber lasse zu wünschen übrig.

Hof. Rodmann (natl.) vertritt im Budget einen Betrag für einen Amtsgerichtsneubau in Stodach.

Hof. Ober-Reg.-Rat Treßler: Die Maschinenführerinnen haben sich bemüht, jedoch ihre Bezahlung erhöht werden könnte, allerdings nach der Richtung, daß Zulagen bei guten Leistungen in Aussicht gestellt würden. Es ist zuzugeden, daß eine Reihe von Gerichtsschreiberstellen mit Altwaisen besetzt sind, und auch die Regierung ist der Meinung, daß diese Stellen eliminiert werden sollten; der Antrag ist auch bereits im vorliegenden Staatsvoranschlag gemacht worden, mehr zu tun war diesmal nicht möglich.

Hof. Reichold (Sog.) spricht für Errichtung eines Amtsgerichts in Lohndorf.

Ministerialdirektor Hübsch: Er könne eine baldige Errichtung eines Amtsgerichts in Lohndorf nicht in Aussicht stellen.

Hof. Armbruster (Str.) spricht für den Erweiterungsbau beim Amtsgericht Freiburg und unterstützt die Ausführungen Rodmanns hinsichtlich der sozialen Tätigkeit der Frauen.

Während der Ausführungen des Redners übernimmt Abgeordneter Lehner das Präsidium.

Hof. Ober-Reg.-Rat Treßler: Die Regierung verkenne die Bedeutung der sozialen Tätigkeit der Frauen keineswegs und sei gern bereit, auf dem Gebiete des Vormundhofswesens den Wünschen der Frauen nachzukommen.

Hof. Fröhlich (Str.): In der Verhandlung der Untersuchungsangelegenheiten sei es besser geworden; aber die Zustände beim Korridorverbot genügen noch lange nicht. Der Untersuchungsgefangene müsse jederzeit in der Lage sein, mit seinem Verteidiger zu konferieren; man solle hier keine Schwierigkeiten aufstellen.

Ministerialdirektor Hübsch: Wir sind immer bereit, den Verkehr zwischen Verteidiger und Untersuchungsgefangenen zu erleichtern. Es kann ja hier und da eine Verzögerung in der Zulassung des Verkehrs zwischen Verteidiger und Untersuchungsgefangenen eintreten, aber man wird immer bestrebt sein, diesen Verkehr nicht unnötig zu erschweren.

Hof. Fröhlich (dem.) kommt nochmals auf seine Wünsche des Amtsgerichtsneubaus in Schwellingen zurück.

Hof. Red. (natl.) redet der Petition der Gerichtsschreiber das Wort.

Hof. Kräuter (Sog.) bespricht den Mangel an geeigneten Kassenkassabäumen für Banken in den Gerichtsbezirken.

Hof. B. u. S. (natl.) und V. u. S. (dem.) sprechen zur Petition der Gerichtsschreiber.

Hof. Fröhlich (Str.) meint, daß die Schwere der dem Verbrechen zwischen Verteidiger und Untersuchungsgefangenen entgegensteht, nicht so große seien, wie der Regierungsvorsetzter behauptet.

Hof. Ding (natl.) als Berichterstatter: Den Schweregenen wünsche er zunächst ein neues Gerichtsgebäude. Die vom Hof. Sängers vorgebrachte Beschwerde verleihe die allergroße Beachtung; es betreffe das die Handhabung der Regierungstätigkeit des landwirtschaftlichen Gewerkschaftswesens seitens der Amtsgerichte. Das Entgegenkommen der Gerichte sei in allen den Fällen zu vermissen, die der Hof. Sängers angeführt in der Lage war; die Zustimmung der Regierungsvorsetzter habe nicht genügt.

Titel V wird hierauf genehmigt.

Zu Titel VI Rotarials- und Grundbuchwesen. Hof. I. Gebatte spricht.

Hof. Rehr. (natl.), welcher Errichtung eines Rotarials Hof. St. Georgen und Wöllgen wünscht.

Nach weiteren Bemerkungen des Hof. Birkenmayer (Str.) und des Ober-Reg.-Rat V. H. wird Position I genehmigt.

Darauf wird Titel VI genehmigt, ebenso Titel VII (Redaktionspflicht).

Hiernach kommt der außerordentliche Etat zur Verhandlung.

Zu Hof. 2: Erweiterung der Dienstwohnung des Amtsgerichtsvorstandes in Baden sprechen Hof. Wierle (Str.) und Hof. Ober-Reg.-Rat V. H.

Titel VII (Außerordentl. Etat) findet Genehmigung, weiter auch Titel XII (Unterstützungs- und Belohnungsbek.) und Titel XIII (Beschwerden und sonstige Anträge) sowie Titel I der Einzelnen.

Bezüglich der Petition der Gerichtsschreiber hat die Budgetkommission den Antrag gestellt, diese der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, wider Antrag genehmigt wird.

Schluß der Sitzung halb 8 Uhr. — Nächste Sitzung: Samstag vormittags 9 Uhr: Etat der Staatskassen.

Madische Politik.

Paris, 22. Febr. In dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld, hat die Reichskammer Handelskammer in ihrer Sitzung vom 17. u. a. bemerkt, daß weitere Mittel zur Bedienung der vornehmlich bestehenden Reichsschulden durch eine Reform der Staatsrenten sowie eventuell durch Einführung einer Reichssteuer in gewissen Fällen zu erlangen sei. Um einer irrtümlichen Auffassung vorzubeugen, sei erwähnt, daß die Reichskammer Handelskammer nur dann einer Reform der Staatsrenten das Wort reden könnte, wenn die durch die mit-haltlichen Verhältnisse bedingte bevorzugte Stellung der sächsischen Staaten hinsichtlich der Bestimmung des Staatsrenten bei einer etwaigen Reform ebenfalls zum Ausdruck käme, wie dies im Staatsrentenvertrag vom Jahre 1871 festzulegen ist, denn ohne Schutz gegen

über dem Osten würde die sächsische Staatsrentenindustrie nicht lebensfähig bleiben.

Paris, 22. Febr. Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Karl Heil, Vorstand des Landesversicherungsamts, ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

Paris, 22. Febr. Was jetzt hat sich die Zukunft der Steuer- und Geldverwaltung der Reichskammer im Steuer- und Zoll-Verfahren nach der landesherzoglichen Verordnung vom Jahre 1888 gerichtet, die bestimmt, daß diese beiden Finanzmittelstellen zu Strafnachlässen bis zum Betrag von 50 Gulden = 80.71 M. berechtigt sind; alle übrigen Refuse sind an das Finanzministerium zu richten. Nun hat der Großherzog die Befugnis der beiden Finanzmittelstellen zu Strafnachlässen bis zu 1000 M. ohne Berücksichtigung des Wertes des Konfiskats erweitert. (St. P.)

Lezte Nachrichten und Telegramme.

St. Petersburg, 22. Febr. Wie der „St. Petersburg“ aus New York gemeldet wird, hat der Reichstag der Vereinigung der Eisenfabriken auf der Jahresversammlung die Erklärung abgegeben, daß der baldige Abschluß eines gegenseitigen Abkommens mit Deutschland ist notwendig, um die Vernichtung des Exportgeschäftes nach Deutschland zu verhindern.

München, 22. Febr. Die bayerische Kammer der Reichsräte nahm heute das Landtagswahlgesetz ohne Diskussion in zweiter Lesung einstimmig an. Die dritte Lesung findet am 13. März statt.

Wien, 22. Febr. In einer hiesigen Blätter erfolgte infolge einer Demolierung einer Zirkusarena eine Explosion, durch die zwei Arbeiterinnen getötet und mehrere Personen verletzt wurden. Der Sachschaden ist groß.

Paris, 22. Febr. In den Wandelgängen der Kammer wird erzählt, daß ein von einem nationalistischen Journalisten verfaßtes Pamphlet mit dem Titel „Son Excellence M. Verlot“, welches angeblich Enthüllungen über das Privatleben des Finanzministers enthält, zu Angriffen gegen ihn benutzt werden wird. Auch der Arbeitsminister Gauhier wird mit sogenannten „Enthüllungen“, bedroht über seine ehemaligen Beziehungen zu der Salinengesellschaft von St. Lucie, welche schlechte Geschäfte gemacht hat. Doch wird diese Drohung nicht sehr ernst genommen. Trotz der von der Opposition verbreiteten Gerüchte hält man eine Erfüllung der Stellung des Kabinetts sowohl aus Gründen der Inneren, wie der äußeren Politik für durchaus unwahrscheinlich.

Paris, 22. Febr. Im heutigen Ministerrat erhaltete Rouvier Bericht über den Stand der Arbeiten der Konferenz in Algier. Der Ministerpräsident legte die Haltung der Regierung in der bevorstehenden Kammerdebatte fest. Der Ministerrat beschloß u. a. „St. P.“ außerdem angelehrt der vielen Zwischenfälle bei den Inventaraufnahmen, diese Operationen soviel als möglich zu beschleunigen.

London, 22. Februar. Schatzkanzler A. G. A. erklärte gestern einer bei ihm erschienenen Deputation gegenüber, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Aufhebung des Zuckergolles keine Wahrscheinlichkeit vorliege.

Freundenfeindliche Bewegung in China.

London, 22. Febr. Die „Arbeiter“ aus Peking melden, daß die einseitige Ausrückung der neuen Regierung der Provinz Tschangpu verlangte Entschädigung gegen die Wunden und andere teilsigen Personen befristet.

Die Revolution in Rußland.

Riga, 22. Febr. Der eine Abteilung Matrosen führende Leutnant Graf Kutjagin wurde, als er im Walde drei dort aufgegriffene Personen vernahm, von einem derselben durch zwei Schüsse schwer verwundet, die Matrosen schossen den Angreifer nieder.

Wilna, 22. Febr. Für Frauen benutzten heute unter Drohungen mit Revolvern und Bomben die Ruffen eines hiesigen Geschäftshauses und schickten dann auf der Straße eine Bombe, wodurch drei Personen verwundet wurden. Die Männer willkommen.

Wolkau, 22. Febr. (Peterson. Tel.-Bl.). Der Präsident des Stadtrates von Petersburg Krassow, der für die heutige Sitzung der Partei Vorstand vom 1. Oktober zum Präsidenten ernannt war, erklärt, daß der Kongreß gegen den unmittelbaren Einschluß der Arbeiter in sein Programm gestimmt habe. Da er das Zentrum nicht wolle, daß es den Anstehen habe, als ob der Kongreß diese Frage umgehe, so habe er ihre vorläufige Festlegung durch die Sektionen angeordnet, deren Entscheidung später dem Kongreß zu unterbreiten wäre.

In der an den Konvent gerichteten Rede über den Bericht des Bureau betreffend die Haltung der Vereinigung vom 8. Oktober gegenüber der Regierung sagte Stalkowitsch seine Meinung dahin zusammen, daß die Regierung nicht als Feind anzusehen sei, und daß der Verhandlung mehr ihre Wichtigkeit, von ihren Sturz wünsche, daß aber die Regierung jetzt weniger nicht so handeln, wie sie es ihrem Lande gegenüber zu thun verpflichtet sei, eine Thatsache, die der Kongreß frei offen und erklären sollte.

Redner kam zu folgenden Schlüssen: Man solle der Regierung mitteilen, daß gemäß dem ersten Punkte des Manifestes vom 17. Oktober es unangenehm so wenig sei, die Gerichte bekannt zu geben, die die Freiheiten ratifizieren und näher bestimmen, ferner überall den verhafteten und außerordentlichen Schutz aufzuheben und alle nach dem 1. Oktober eine persönliche Aburteilung verhängten Strafen zu erlassen. Die Verhandlung des Kriegszustandes könne nur mit dem offenen Kampfe oder mit den Verhandlungen zu einem solchen begnügt werden; der Kriegszustand müsse aufgehoben werden, so daß die absolute Notwendigkeit für diesen Zustand nicht mehr besteht. Auf jeden Fall dürfe mit dem Rechte, den Kriegszustand zu verhängen, kein Mißbrauch getrieben werden und die Verhängung der Todesstrafe ohne vorheriges Urteil müsse aufhören.

Bezüglich des zweiten Punktes des Manifestes schlug der Redner eine Resolution vor, in der festgesetzt werden soll, daß das gegenwärtige Kabinett nicht pünktlich seiner Verpflichtung, die Duma als das beste Mittel zur Verhängung des Landes anzusehen, und daß aus diesem Grunde die Weichung der Wahlen am Wege sei, so daß in jedem Falle kein späterer Termin für die Durchführung als der 18. Mai in Frage käme. Die meisten der dreißig Redner, die sich zum Worte gemeldet hatten, unterstützten die Resolution des Bureau mit einigen Bemerkungen.

Die Marokkonferenz.

Paris, 22. Febr. Man erwartet in der heutigen Nachmittagsitzung der Kammer bezüglich der Beratung des Budget-Projektions eine sehr lebhaft Debatte. Früher haben sich 7 Redner der verschiedenen Parteien eintragen lassen darunter Dem. Godein, de la Halle, Jaures, welche die Absicht haben, auch die aufmerksamen Angehörigen, insbesondere die Marokkonferenz, zur Sprache zu bringen und Rouvier über den Stand der Konferenz von Algier in zu fragen. Man glaubt jedoch nicht, daß Rouvier dies vornehmen werde, dießhalb dürfte es angenehme Überraschung zu geben.

Algier, 22. Febr. In der heutigen Sitzung hat Rouvier die Duma in mehr sachlicher Weise das französische Vorkaufsrecht fahndend, das Frankreich infolge auf fünfjährige Anleihen in Marokko durch Artikel 33 des Vertrags vom 12. Juni 1904 erworben haben will. Graf Tattenbach begründete darauf das deutsche Projekt. Graf Tattenbach ließ die Wichtigkeit des französischen Anspruchs auf einen bevorzugten Platz in

der Staatsbank erkennen; besonders bewies er, daß Artikel 33 des Anleihevertrags ein wirkliches Vorkaufsrecht nicht bezeugt; denn wenn der Artikel französischen Vorkaufsrecht den Vorkauf für fünfjährige Anleihen gibt bei gleichen Bedingungen, so muß man diese Klausel eben als marokkanisches Vorkaufsrecht, in der Not den Kopf aus der schon geöffneten Schlinge zu ziehen, betrachten. Gleiche Bedingungen bei zwei Anleihen sind praktisch nicht denkbar. Jedenfalls kam eine Einigung über die Frage der Kapitalanteile nicht zustande. Die Frage wurde zurückgestellt und dürfte den Gegenstand weiterer vertraulicher Unterredungen zwischen den deutschen und den französischen Delegierten bilden. Sie wird nach der nächsten Sitzung erforderlichfalls einer Kommission übergeben. Ueber einige Punkte einigte man sich, andere wurden vertagt. Der englische Delegierte Nicholson betonte darauf den Wert der wirtschaftlichen Stellung Frankreichs in Marokko, die er auf 80 Mill. bewertete, wobei er die französischen und englischen Interessen als eins behandelte. Nicholson schloß sich dem französischen Delegierten in dessen Vertretung des Standpunkts, daß die Anleihe als formelles Vorkaufsrecht für Frankreich zu gelten habe, an; das gleiche tat der spanische Delegierte, sonst aber nahm niemand für den französischen Standpunkt das Wort. In der Volksfrage ist u. a. „St. P.“ nichts Neues herbeigetragen. Wenn die Vorschläge seitens Frankreichs nicht eintreffen, würde die Frage ebenfalls vor dem Konferenzplenum beraten werden, was Deutschland sicher recht sein könnte, denn die volle Öffentlichkeit ohne alle die kleinen Mitteln einer plötzlichen Mobilisierung der öffentlichen Meinung und des Verdrehens von Aussagen ist für unsere gerechte Sache das Beste. (St. P.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Februar. Am Bundesratsitz Graf Pasadowsky, Freiherr von Stengel und Dr. Rieberding. Der dritte Beschlus der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Handelsprätoriums mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Freiherr Hehl zu Bernsdorf (Natl.) wendet sich gegen die eifrigen Ausführungen seines Fraktionsgenossen Dr. Semler wegen Differenzern des amerikanischen Petroleum.

Dr. Semler (Natl.): Meine geistige Rede war allerdings unvollständig. Dies lag aber daran, daß der Antrag Hehl auch die meine Fraktion ganz überraschend kam. Im übrigen kann ich mein Urteil nur im vollen Umfang aussprechen.

Gothein (Natl. Sp.) Hehl von Bernsdorf scheint seinen Antrag und dessen Tragweite noch nicht zu verstehen, sonst hätte er seine heutige Rede nicht halten können. Redner sucht dann im Einzelnen nachzuweisen, daß der Antrag unbedenklich sei.

Graf Pasadowsky wiederholt seine gestern geäußerten Bedenken gegenüber dem Antrag Hehl. Von seiten Amerikas ist erklärt, daß die mit den einzelnen Bundesstaaten abgeschlossenen Verträge im Wege der Reichsanleihe für das deutsche Reich Geltung haben. Auch ist es unvollständig, daß der Konventionstext andere Staaten, wie Dänemark und Schweden zuzieht, mit welchen wir eine einjährige Abmachung haben.

Graf Rantz (Natl.): Die Annahme, daß der Vertrag von 1828 nicht gültig sei, ist ein Irrtum, ebenso daß Amerika ein Vorkaufsrecht habe. Graf Pasadowsky hatte dies 19. u. 20. beruhen, weil Amerika das Vorkaufsrecht durch andere interpretierte. Die Parität zwischen Amerika ist deshalb so außerordentlich, weil Deutschland sich den 2. und des 3. Art. des Abkommens gefallen lassen mußte. Unter Verbalen gegenüber Amerika vorläufig auch unsere Situation gegenüber Schweden und Dänemark.

Ministerialdirektor Graf Pasadowsky: Ich habe meine Erklärungen vom Jahre 1902 vollkommen aufrecht. Nachdem Amerika die Vorkaufsrecht nicht gewährte, können wir 1902 ein Handelsprätorium annehmen, worin die den Begriff der allgemeinen Vorkaufsrecht fallen lassen. Die Vertragsverhandlungen mit Schweden sind durchaus nicht abgeschlossen. Die schwedischen Kommissare sind in Berlin und bereit sich mehreren Wochen mit ihnen zu verhandeln. Das Petroleum ist durch die Handelsverträge keineswegs gebunden.

Bernsdorf (Sog.) wendet vor einem leichtfertigen Volkstanz mit Amerika.

Berlin, 22. Febr. Die Steuerkommission des Reichstages nahm mit 15 gegen 10 Stimmen den Antrag auf Einführung einer Verbrauchssteuer an. Ministerialrat Burkhart erklärt, die bayerische Regierung teile die Bedenken gegen eine Verbrauchssteuer auf Grund der Erfahrungen, die sie in Bayern damit gemacht habe.

St. Petersburg, 22. Febr. Die Zentrumsfraktion des Reichstages sprach sich gegen eine Steuer auf Erbschaften an Erbgütern und Leihgedenken gemäß dem Antrag am Reichstag aus.

Berlin, 22. Febr. Die Kommission des Reichstages für die Vorbereitung des Hilfskassenentwerfes hat heute die Generaldiskussion. Die Aufklärung der Kommission geht im allgemeinen dahin, daß für die Hilfskassen eine selbstständige Aufsicht und Kontrollbehörde zu schaffen ist und daß als solche nur für das Aufschreiben für Privatversicherung in Betracht kommt.

Berlin, 22. Februar. Die Budgetkommission des Reichstages lehnt die Beratung des Etats für Südwestafrika fort und bemittelt für die Bahn von Swakopmund nach Windhof für 400000 M. nur 400000 M., der für die Bahn von der Überbrückung nach Rubub angeforderten Mittel. Die Kommission nahm ferner eine Resolution an, die den Ausbau der letzten Bahn bis Keetmanshoop an.

Für den Bau der Eisenbahn von Windhof nach Rehobot sind als erste Rate 4 Millionen Mark eingestellt. Die Gesamtkosten sind auf 11 Millionen veranschlagt. Außerordentlich sind bereits zur Vornahme der nötigen Vorarbeiten 200000 M. an die Firma Koppel bewilligt. Es folgt eine längere Debatte darüber, daß die Kolonialverwaltung diese 200000 M. ohne vorherige Bewilligung des Reichstages aufgewendet habe. Von seiten der Regierung wird erklärt, die Regierung werde bei Einbringung der Haushaltsübersicht um Indemnität nachsuchen. Dierax schloß sich eine Abtunung über frühere zurückgehaltene Titel an. Für welche Hilfskassen sind 428 570 M. gefordert, darunter für die Bundespolizei mehr 274000 M. Ein Antrag Kooche will diese Summe freilassen. Ein Antrag Krenzl will die Hälfte der Belohnungen abgeben. Beschlossen wird, von den einzelnen Reichsvereinigungen für die Zentral-, Lokal- und Justizverwaltung nur je die Hälfte zu bewilligen und die Mehrforderung für die Bundespolizei ganz zu bewilligen. — Bei der Beratung des Etats für Samoa erklärte Eröbring Dohrensch auf eine Anfrage Eröbring, über die Klüßche des Gouverneurs Dr. Soff auf seinen Posten sei noch keine Entscheidung getroffen. Nach einer Debatte über die große Deamingsahl und die Aufrüstung auf Samoa sowie die vom Gouverneur verlangte Deportation eines Samoa-Kapitän nach New Guinea werden 19000 Mark zur Verringerung der Deamingszahl bewilligt. Nach Erlaubung einiger weiterer Kosten verlegt sich die Budgetkommission auf den 28. Februar.

Table with 2 columns: 'Staatspapier. A. Deutsche' and numerical values for various bonds and securities.

Table with 2 columns: 'Staatspapier. B. Deutsche' and numerical values for various bonds and securities.

Table with 2 columns: 'Staatspapier. C. Deutsche' and numerical values for various bonds and securities.

Geistliches. Eine wirklich praktische Heuerung hat Herr...

Table with 2 columns: 'Kleinen industrieller Unternehmungen' and numerical values for various small businesses.

Table with 2 columns: 'Kleinen deutscher und ausländischer Transport-Anstalten' and numerical values for transport services.

Frankfurt a. M., 28. Februar. Kreditaktien 211.70 Staats...

Bei Blutarmut, Bleichsucht, verschiedenen Arten von Frauenkrankheiten...

Table with 2 columns: 'Bergwerks-Kleinen' and numerical values for mining-related businesses.

Table with 2 columns: 'Bank- und Versicherungs-Kleinen' and numerical values for banking and insurance services.

Wiedmarkt in Mannheim vom 22. Februar. Amtlicher Bericht der Direktion...

Die nass wischbare Bodenwische. Absolut geruchlos, ohne jede schädliche Einwirkung...

Zwangs-Versteigerung. Nr. 1974. Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die in Sandhofen...

Zwangs-Versteigerung. Nr. 1972. Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die in Sandhofen...

An die Einwohnerschaft! Anlässlich der Silberhochzeit des Kaiserlichen Paares...

Mannheimer Singverein e. V. Heute Freitagabend halb 9 Uhr Gesamt-Probe im Lokal.

Mannheimer Singverein e. V. Fastnacht-Sonntagabend halb 6 Uhr Großer Herren-Kappenaabend im Lokal.

Mannheimer Singverein e. V. Fastnacht-Dienstag mittag 3 Uhr Kinder-Maskenfest im Ballhaus.

Advertisement for 'Die nass wischbare Bodenwische' (wet-wipe floor mats) with an image of a woman cleaning.

Advertisement for 'Patrolit-Kitt' (Patrolite putty) for glass and porcelain repair.

Versteigerung. Grundbuch von Sandhofen, Band 17, Fol. 27, Eigentumsverhältnis I.

Versteigerung. Grundbuch von Sandhofen, Band 16, Fol. 2, Eigentumsverhältnis I.

Advertisement for 'Teppichhaus J. Hochstetter' (carpet house) for vacuum cleaners.

Advertisement for 'Vertretung zu vergeben' (representation to be granted) for Bayer Grossbrauerei.

Advertisement for 'Peru-Tannin-Wasser' (Peru tannin water) for skin care.

Mietgesuche. Gut möbl. Zimmer, Nähe der Zöllnerstraße...

4 Zimmer-Wohnung. mit Zubehör in besserer Gegend...

Advertisement for 'Bienen-Zeint' (Bee cream) for skin treatment.

Stellen finden. Gebildetes Fräulein, 18 Jahren...

